

GR. Gerda GESEK

9.6.2011

A N F R A G E

Betr: Freiwilligenarbeit

Im Europäischen Jahr der Freiwilligkeit können wir besonders viele Veranstaltungen besuchen und viele schöne Festtagsreden hören, wie wichtig die Freiwilligenarbeit sei und wie sehr man sie unterstützen müsse.

Während andere noch diskutieren, haben die Länder Vorarlberg, Nieder- und Oberösterreich eine kostenlose Unfall- und Haftpflichtversicherung für "Freiwillige" bereits umgesetzt. Diese drei Bundesländer übernehmen die Kosten für die Sicherheit ihrer "Freiwilligen" vorerst selbst. Das Land Steiermark als zweitgrößtes Bundesland ist hier noch immer säumig und die fleißigen Helfer/innen sind weiterhin im Ungewissen.

Hier sollten wir rasch zu einer bundesweiten, auch vom Bund (mit-)finanzierten, Sicherheit für alle Freiwilligen kommen, um ihnen auch Gleichstellung bzw. Gleichbehandlung angedeihen zu lassen.

Ich stelle daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e,

ob Du bereit bist, an die zuständigen Stellen des Landes und des Bundes heranzutreten, damit hier eine einheitliche Lösung österreichweit zum Tragen kommen kann.

GR. Peter MAYR

9.06.2011

A N F R A G E

Betr.: Open Government Data Initiative für die Grazer Stadtverwaltung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Thema Open (Government) Data, also das Öffnen von nicht-personenbezogenen Datenbeständen seitens öffentlicher Stellen zur Wiederverwendung durch BürgerInnen, Wirtschaft oder Wissenschaft u.a. ist derzeit sehr präsent. Ausgehend von den Open Data Initiativen in den USA, Australien oder Großbritannien hat die Idee der offenen Regierungsdaten mittlerweile große Teile Europas erreicht und ist auch in Österreich nicht unbemerkt geblieben – ein Beispiel hierzu ist das neue Open Data Portal der Wiener Landesregierung und die entsprechenden Linzer und Salzburger Initiativen.

Die Open Government Data Initiative Austria, bei der auch Wissenschaftler der FH Joanneum beteiligt sind, verfolgt das Ziel, öffentliche (nicht personenbezogene) Daten (GIS-Daten, Mikrozensus, Volkszählung, Umweltdaten, Verkehrsdaten, Daten versch. NPOs, NGOs, etc.) in menschen- und maschinenlesbarer Form der Bevölkerung und der Wirtschaft frei verfügbar zu machen. Die Initiative soll in Kooperation mit der öffentl. Hand und div. Bundesämtern und Organisationen, sowie der Politik als auch im Einklang mit aktuellen eGov-Initiativen des Bundes (z.B. Plattform Digitales Österreich) erfolgen.

Die OGD Initiative möchte einen besseren und allgemeinen Zugang zu öffentlichen (nicht personenbezogenen) Daten und neuartige Benutzerschnittstellen ermöglichen, sowie die Verfügbarkeit dieser Daten für Forschungszwecke durch semantischen Datenaustausch erleichtern. **Es geht hier nicht um Öffnung von privaten Bürgerdaten!** Die angesprochenen Informationen sind zT. auch jetzt schon im Web, nur an verschiedensten Stellen in unterschiedlichen Formaten. Die Stadt Graz nimmt ja eine Vorreiterrolle im Bereich e-Government im deutschsprachigen Raum ein und hat somit die besten Voraussetzungen für eine derartige Initiative.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

bist Du bereit, eine derartige Initiative betreffend öffentlicher Daten der Grazer Stadtverwaltung und deren Internet-Plattformen in Kooperation mit der FH Joanneum zu unterstützen und eine Zusammenarbeit mit den Fachämtern des Magistrats zu ermöglichen.

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Anfrage

der Grünen – ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 09.06.2011

VON

GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betrifft: Murpotenzial-Projekte von „Zeit für Graz“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Rahmen der Planungswerkstatt „Zeit für Graz“ wurden unter dem Titel „Murpotenzial-Projekte“ 7 Handlungsempfehlungen und 5 Leitprojekte erarbeitet, die das Ziel haben, die Mur als wichtigen Lebens- und Erholungsraum zu sichern und sie ökologisch verträglich den GrazerInnen näher zu bringen. Alle Projekte, die im Konsens erarbeitet wurden, sind allerdings mit dem Bau eines Kraftwerks im Stadtgebiet nicht vereinbar.

Daher stelle ich seitens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgende

Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

welche Entscheidung haben Sie hinsichtlich der Umsetzung der, im Rahmen von „Zeit für Graz“ erarbeiteten 7 Handlungsempfehlungen und 5 Leitprojekte, die unter dem Titel „Murpotenzial-Projekte“ zusammengefasst wurden, getroffen?

Anfrage

der Grünen – ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 09.06.2011

von

GR Stefan Schneider

Betrifft: Altlastenkataster

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Boden unserer Heimatstadt Graz sind leider viele Altlasten verschiedener Gefährdungstufen verborgen. Bund und Land führen entsprechende Kataster, auf denen bestehende Altlasten und Verdachtsflächen verzeichnet sind.

In diesem Zusammenhang stelle ich seitens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgende

Anfrage

Ist sicher gestellt, dass die für Bau und Planung verantwortlichen Ämter der Stadt Graz allen BauwerberInnen systematisch die Informationen aus den oben genannten Katastern zur Verfügung stellen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

9. Juni 2011

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Anfrage

Betrifft: Gedenkzeichen im Leechwald für NS-Opfer

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Laut neuesten historischen Forschungsergebnissen ist auch der Grazer Leechwald Ruhestätte grausam hingerichteter Opfer der NS-Herrschaft. Wie Oberst Oswald und seine Mitarbeiter den zur Verfügung stehenden Unterlagen entnehmen konnten, wurden in den letzten Kriegsmonaten 12 politische Häftlinge in der Nähe des Rehgrunds erschossen und in Bombentrichter geworfen. Augenzeugen bestätigen die Ereignisse.

Grabungen, die letzte Gewissheit bringen könnten, erweisen sich aber aus technischen Gründen äußerst schwierig und enorm kostspielig und daher nicht mehr unbedingt sinnvoll.

Aus diesem Grund schiene zumindest eine Tafel eine adäquate Möglichkeit, die Toten dem Vergessen zu entreißen und ihrer zu gedenken.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, Oberst Oswald und seine Mitarbeiter bei der Setzung eines Gedenkzeichens bzw. einer Gedenktafel für die Opfer der NS-Herrschaft im Leechwald namens der Stadt Graz zu unterstützen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

09.06.2011

Anfrage

Betrifft: Errichtung von Buswartehäuschen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bereits in der Gemeinderatssitzung im Juni 2008 stellte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Anfrage zur Errichtung von Buswartehäuschen an den Haltestellen Peter-Tunner-Gasse.

Die GVB Bushaltestellen „Peter-Tunner-Gasse“ gehören zur Kategorie von äußerst stark frequentierten Haltestellen im Grazer Stadtgebiet, sie weisen jedoch kein GVB Buswartehäuschen in einer der beiden Richtungen auf. Sowohl die Buslinie 62 – Tangentiallinie – als auch die Linie 85 frequentieren diese Haltestelle, welche als Ein- Aus- und Umsteigehaltestelle gilt. Beide Buslinien gelten als Schullinien. So fährt die Linie 85 Richtung Gösting u.a. die BULME und die Göstinger Volksschule mit ihren zahlreichen SchülerInnen an, die Linie 62 in Richtung Nord/Ost das Realgymnasium Caneri sowie das Gymnasium Korösi.

Nun wurde im Bau- und Raumordnungsausschuss aus Sicherheitsgründen die Verlegung des Fußgängerüberganges an der Kreuzung Algersdorfer Straße – Peter-Tunner-Gasse mit gleichzeitiger Verlegung und Neuerrichtung der oben genannten Haltestellen beschlossen.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich diesem Problem anzunehmen und sich nach erfolgter Verlegung des Fußgängerüberganges mit gleichzeitiger Verlegung und Neuerrichtung der Bushaltestellen sich bei der Holding Graz für eine Errichtung von dringend notwendigen Buswartehäuschen in diesem Bereich einzusetzen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

09.06.2011

Anfrage

Betrifft: ***Entschärfung Gefahrenstellen Hauptradweg R 2 linkes Murufer –
Erzherzog Johann Brücke***

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zahlreiche Unfälle und sehr gefährliche Situationen zwischen RadfahrerInnen, FußgängerInnen, Individualverkehrsbenützer und dem öffentlichen Verkehr stehen am Hauptradweg R 2 linkes Murufer besonders im Bereich Erzherzog Johann Brücke Ecke Neutorgasse an der Tagesordnung, welcher durch die aufgezählten Verkehrsbenützer sehr stark frequentiert wird.

Eine Verschärfung dieser am R 2 gelegenen größten Gefahrenstelle ergibt sich nun auch noch vermehrt aufgrund der dort eingerichteten Baustelle, in weiterer Folge durch die Sommerbaustelle in der Murgasse.

Bei der Projektierung der Radverkehrsmaßnahmen für das Jahr 2011 fehlt übrigens auch leider eine Entschärfung dieser äußerst wichtigen Kreuzung für die RadfahrerInnen, welcher doch einer der größten Gefahrenstellen am Hauptradweg R 2 darstellt.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie dazu bereit in Verhandlung mit der zuständigen Verkehrsreferentin zu treten um eine, für alle Verkehrsteilnehmer an der Kreuzung Erzherzog Johann Brücke – Neutorgasse, notwendigen Lösung zur Entschärfung dieses extremen Gefahrenpunktes am Hauptradweg R 2 zu finden?

Anfrage an Herrn Bürgermeister Mag. Nagl, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 09.06.2011 von Gemeinderätin Ingrid Benedik

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 09.06.2011

Betreff : **Schloss Eggenberg - Eintrittspreise**
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Für zahlreiche Grazerinnen und Grazer ist der Park des Schlosses Eggenberg ein dringend benötigtes Naherholungsgebiet.

Es steht außer Zweifel, dass die Erhaltung und Pflege dieser Anlage mit erheblichen Kosten verbunden ist, weshalb die Bürger auch über entsprechende Eintrittspreise ihren Beitrag zur Erhaltung leisten müssen. Allerdings stellt sich die Frage, ob die solcherart eingehobenen Eintrittspreise in Teilbereichen auch gerechtfertigt sind.

So müssen Parkbesucher zusätzlich zum Eintrittspreis für den Park ungeachtet der Frage, ob sie nun tatsächlich Speisen konsumieren oder nicht, noch einmal 5 € bezahlen, wenn sie sich auf der Picknickwiese niederlassen möchten.

Tatsächlich müssen aber Eintrittspreise für Naherholungsgebiete im städtischen Bereich für Normalbürger erschwinglich bleiben, weshalb ich in gegenständlicher Angelegenheit durchaus Handlungsbedarf erkenne. Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz:

Sind Sie bereit, mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark in Verbindung zu treten, um in diesem Zusammenhang positiv auf die Preisgestaltung für die Benutzung der verschiedenen Angebote des Schlosses Eggenberg einzuwirken?

**Gemeinderat
Christoph Hötzl**

Anfrage an den Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom
09.06.2011 von Gemeinderat **Christoph Hötzl**

Sehr geehrter Herr
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 09.06.2011

Betreff: Bauabgabe - Erhebung der Gesamteinnahmen
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Tätigkeits- und Auftragsvolumen der Bauwirtschaft stellt regelmäßig ein repräsentatives Barometer für die Befindlichkeit der gesamtwirtschaftlichen Lage dar. Gerade nach Krisenzeiten ist es erfahrungsgemäß die Bauwirtschaft, die in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwunges als erstes wieder prosperiert. Um einen Gesamteindruck über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und den darauffolgenden Aufschwung auf die Bauwirtschaft zu erhalten, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

**Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz:**

Wie hoch waren die Summen der eingehobenen Bauabgabe für die Jahre 2006, 2007, 2008, 2009 und 2010?

**Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt**

Anfrage an den Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom
09.06.2011 von Gemeinderat **Mag. Harald Korschelt**

Sehr geehrter Herr
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 09.06.2011

Betreff: Veröffentlichung der Checklisten über die Vorratshaltung in zivilen
Haushalten
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Gemeinderatssitzung vom 14.04.2011 habe ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, das Ersuchen gerichtet, wieder verstärkt den Gedanken des Zivilschutzes der Grazer Bevölkerung in den Vordergrund kommunalpolitischen Handelns zu stellen. In diesem Zusammenhang habe ich im Rahmen der Fragestunde angeregt, entsprechende Checklisten von Ö3 und dem ÖRK zu veröffentlichen. Als Transportmittel hätte sich die Stadtzeitung BIG angeboten. Der Anfang Deiner damaligen Antwort war nicht gerade von Deiner üblichen Höflichkeit getragen, was aber nicht weiter thematisiert werden soll. Wohl aber frage ich mich, weshalb gegenständliche Listen nicht veröffentlicht wurden. Daher richte ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

**Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz:**

**Was ist aus der in Deiner damaligen Antwort angekündigten
Veröffentlichung gegenständlicher Listen geworden?**

eingbracht am: 12.05.2011



ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

des Gemeinderates Gerald Grosz
an den Bürgermeister der Stadt Graz
**betreffend „Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers in den Bezirken Gries, Puntigam
und Liebenau“**

Seitens des Verbunds wird behauptet, das geplante Murkraftwerk habe –so wie alle anderen Kraftwerke auch – keine negativen Auswirkungen auf das Grundwasser. Da das Grundwasser für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung unerlässlich ist und die Stadt in höchstem Maße daran interessiert sein sollte, sich des Schutzes dieser lebenswichtigen Ressource anzunehmen, müssen einige essentielle Fragen zum Schutz des Grundwassers beantwortet werden.

Daher richtet der unterzeichnende Gemeinderat an den Bürgermeister der Stadt Graz nachstehende

ANFRAGE

1. Wie ist die Grundwasserqualität entlang der bisher gebauten Kraftwerke wirklich?
2. Sind Daten aus öffentlichen, ständig überwachten Brunnen entlang der Murkraftwerke vorhanden oder gibt es hier gar keine öffentlichen Brunnen?
3. Welche Begleitmaßnahmen werden getroffen um negative Auswirkungen durch eine vom Kraftwerksbau ausgehende Niveau-Änderung zu vermeiden?
4. Im aufgestauten Bereich fließt das Wasser langsamer, ansonsten mitschwimmende mineralische und biologische Bestandteile setzen sich als Faulschlamm ab. Welche Maßnahmen werden getroffen, um eine nachteilige Auswirkung auf das Grundwasser in den angrenzenden Gebieten zu vermeiden?
5. Wie ist die Erfahrung bei den bereits gebauten Kraftwerken hinsichtlich Bauweise in Betondichtwanne gegenüber Standardbauweise im Staubereich?
6. Wer haftet / ersetzt Schäden im Fall einer negativen Auswirkung auf das Grundwasser?

www.bzoe-graz.at



eingebracht am: 12.05.2011



ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

des Gemeinderates Gerald Grosz
an den Bürgermeister der Stadt Graz
betreffend „Themenspaziergang in den Bezirken Gries und Lend mit dem Titel: ‚Sucht in der Fremde‘“

Am 08.06.2011 konnte man sich auf www.graz.at darüber informieren, dass am 11. Juni ein Themenspaziergang stattfindet, wo sich alles um „Sucht in der Fremde“ drehen wird, wobei mit „der Fremde“ in diesem Fall unsere Stadt gemeint ist. Der Verein „XENOS“ zur Förderung der soziokulturellen Vielfalt veranstaltet zusammen mit dem Projekt „Gesunder Bezirk Gries“ diesen Event, bei dem es darum geht Ressentiments gegen MigrantInnen, die einer Sucht verfallen sind abzubauen. Co-finanziert wird dieser Spaß vom Integrationsreferat der Stadt Graz, bei dem die Teilnehmer, unter anderem mit Hilfe eines türkischen Dolmetschers, darüber aufgeklärt werden sollen, warum gerade MigrantInnen auffallend oft Drogen-, Medikamenten- oder Spielsüchtig sind. Davon erhoffen sich die Veranstalter einen sachlicheren Umgang mit diesem Thema in der Suchtpolitik.

Um der Sachlichkeit in dieser Causa Genüge zu tun, wollen wir mit dieser Anfrage herausfinden, ob eine gewisse Skepsis bei Drogen-, Medikamenten- und Spielsüchtigen MigrantInnen nicht angebracht ist, beziehungsweise inwieweit die Unterstützung von straffälligen Gerade-eben-StaatsbürgerInnen seitens einer Institution der Stadt sinnvoll ist und in welchem Ausmaß dies geschieht.

Daher richtet der unterzeichnende Gemeinderat an den Bürgermeister der Stadt Graz nachstehende

ANFRAGE

1. Mit welchen Kosten ist das Engagement des Integrationsreferates der Stadt Graz in dieser Sache verbunden?
2. Welchen Effekt erhofft sich das Integrationsreferat der Stadt Graz von einer breiteren Akzeptanz für drogensüchtige MigrantInnen?

3. Ist es ihrer Meinung nach der Jahrhunderte gewachsenen soziokulturellen Vielfalt dieser Stadt dienlich, drogensüchtige MigrantInnen zu unterstützen, beziehungsweise zählen sie ebenjene zu besagter und erwünschter Vielfalt?
4. Im Sinne der Gleichberechtigung, welche zu einer der Schlüsselaufgaben des Integrationsreferates gehört, stellt sich die Frage, wieso nicht auch drogensüchtige Inländer in einem Projekt dieser Art enttabuisiert werden?
5. Im Sinne der Gleichberechtigung, welche zu einer der Schlüsselaufgaben des Integrationsreferates gehört, stellt sich die Frage, wieso nicht auch drogensüchtige Minderjährige in einem Projekt dieser Art enttabuisiert werden?
6. Im Sinne der Gleichberechtigung, welche zu einer der Schlüsselaufgaben des Integrationsreferates gehört, stellt sich die Frage, wieso nicht auch drogensüchtige Prostituierte in einem Projekt dieser Art enttabuisiert werden?
7. Im Sinne der Gleichberechtigung, welche zu einer der Schlüsselaufgaben des Integrationsreferates gehört, stellt sich die Frage, wieso nicht auch drogensüchtige Musiker in einem Projekt dieser Art enttabuisiert werden?
8. Im Sinne der Gleichberechtigung, welche zu einer der Schlüsselaufgaben des Integrationsreferates gehört, stellt sich die Frage, wieso nicht auch drogensüchtige Künstler in einem Projekt dieser Art enttabuisiert werden?
9. Werden vom Integrationsreferat in Zukunft Kostproben von verschiedenen halluzinogenen Stoffen verteilt, um die Suchtpolitik sachlicher zu machen?
10. Welche Projekte plant man in Zukunft bei „Gesunder Bezirk Gries“, um die erwünschte Klientel in den Bezirk zu bringen, beziehungsweise inwieweit werden diese Projekte vom Integrationsreferat mitfinanziert?
11. Erhofft sich das Integrationsreferat durch dieses Projekt allen Ernstes einen „gesünderen Bezirk“ Gries?

**GENUG
GEZAHLT!**

www.bzoe-graz.at

Unabhängiger Gemeinderat
Mag. Gerhard Mariacher

An den
Bürgermeister Mg. Nagl
der Landeshauptstadt Graz

Graz, den 09.Juni 2011

Betrifft: **„Nein zum Fernwäme-Anschlusszwang!“**

Bürgermeister-Anfrage

Wie aus Medien und von höchst irritierten Bürger-Gruppen zu vernehmen, stehen ÖVP + Grüne in Graz der Einführung eines Anschlusszwanges an das Fernwärmenetz „positiv“ gegenüber. In diesem Sinne soll auch bereits sondiert werden, welche Bürgerinnen und Bürger in diversen Stadtvierteln und Straßenzügen diesem Anschlußzwang unterworfen werden sollen, um insbesondere den lukrierbaren Gewinn abzuschätzen.

Ein Anschlußzwang würde zu grotesken und schier kafkaesken Situationen führen, etwa für den Fall, dass ein Niedrigenergie- oder gar Passivhaus, für das die benötigte restliche Energie über Solarenergie oder sonst wie emissionsfrei bzw. emissionsarm gewonnen wird, einem Anschlußzwang unterworfen wird, zwecks „Zwangsgeschäft“.

Diese Intention der Grazer Koalitionsregierung widerspricht zutiefst einer demokratisch intendierten und dem Wettbewerb und der Innovation verbundenen ökosozialen Weltsicht, und ist allein einer Ex-Ostblock-Gedankenwelt zuzuordnen.

Um die Grazerinnen und Grazer in der ökosozial essentiellen Energiefrage nicht auf diversen Wegen noch mehr als bis dato schon gegeben Gewinn maximierenden Monopolisten auszuliefern, und vor allem auch um das „Pflänzchen“ namens „Solarenergiegewinnung & Investitionsinteresse“ unserer BürgerInnen zu beschützen, richte ich nachfolgende Anfrage an Sie.

Anfrage

- „Sind Sie gewillt, von dem speziell der Geschäftemacherei dienenden Fernwärme-Anschlußzwang abzusehen und stattdessen eine je nach Region & allfällig zu berücksichtigenden Besonderheiten vorzuschreibende und nachvollziehbare Emissionsobergrenze zu priorisieren, die innerhalb dessen eine freie Wahl ermöglicht, damit unsere Grazer BürgerInnen innerhalb eines solcherart seriösen und zukunftsweisenden Gestaltungsspielraumes jeweils frei aus heute & künftig verfügbaren thermischen bzw. energetischen Möglichkeiten wählen können?“

GR MAG. GERHARD MARIACHER